

**Der Senator für Inneres
Geschäftsstelle der Deputation für Inneres**

TOP 2 staatlich

**NIEDERSCHRIFT
der staatlichen Deputation für Inneres
am Donnerstag, den 19. Oktober 2017
- 31. Sitzung der 19. LP -**

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres stimmt der Tagesordnung zu.
TOP 2	Genehmigung von Protokollen	Beschluss: Folgendes Protokoll wurde genehmigt. 2.1 Niederschrift staatlich vom 07.09.2017
TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Inneres und der Bremischen Bürgerschaft	Beschluss: Die Auflistung wird zur Kenntnis genommen.
TOP 4	Aktuelle Statistiken	Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres nimmt die aktuellen Statistiken zur Kenntnis.
TOP 5	Glücksspielrecht / Änderung rechtlicher Regelungen	Die staatliche Deputation für Inneres stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und dem Gesetz zur Neuregelung des Bremischen Glücksspielrechts sowie der Mitteilung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) bei Enthaltung der FDP zu.
TOP 6	Verordnung über die Härtefallkommission nach dem Aufenthaltsgesetz	Bericht: Der Senator für Inneres führt in Ergänzung der schriftlichen Vorlage auf Nachfrage zur Härtefallkommission (HFK) aus. Durch § 23a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) wurde für die Länder eine gesetzliche Grundlage zur Einrichtung einer HFK geschaffen. Die HFK im Lande Bremen ist ein unabhängiges Gremium und prüft, ob dringende humanitäre oder persönliche Gründe vorliegen, die einer Aufenthaltsbeendigung entgegenstehen. Die Geschäftsstelle der HFK ist beim Senator für Inneres eingerichtet. Stimmt die HFK einer Härtefalleingabe zu, empfiehlt sie dem Senator für Inneres eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Dieser prüft dann in eigener Zuständigkeit, ob dem Härtefallersuchen entsprochen werden kann. Solange sich die HFK mit der Eingabe befasst, ordnet die senatorische Behörde in der Regel an, dass keine aufenthaltsbeendende Maßnahme (keine Abschiebung) durchgeführt wird. Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres stimmt dem Entwurf des Senators für Inneres vom 01. August 2017 einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Härtefallkommission zu. Die Deputation bittet darum, dem Protokoll dieser Sitzung den aktuellen Bericht der Härtefallkommission beizufügen.
TOP 7	MeldDÜV	Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres stimmt dem Entwurf der Verordnung zur Übermittlung von Meldedaten (MeldDÜV) und deren Bekanntgabe im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen zu.

Der Senator für Inneres
Geschäftsstelle der Deputation für Inneres

TOP 8	Abschlussbericht an den Haushalts- und Finanzausschuss über den Stand der Umsetzung der zur Verringerung künftiger struktureller Ausgaberrisiken eingeleiteten Maßnahmen auf Basis der strukturellen Haushaltsprobleme 2014/2015	Dieser Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt. Ein Umlaufbeschluss vor der kommenden Sitzung des HaFa am 03.11.2017 wird angestrebt.
TOP 9	Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/19	<p>Bericht: In Ergänzung zur schriftlichen Vorlage führt Staatsrat Ehmke zu Nachfragen aus. Herr Hinners (CDU) kritisiert das Verfahren, in dem die Mittel noch nicht auf die jeweiligen Haushaltsstellen verteilt seien. Herr Wesemann kritisiert die Bereitstellung von Mitteln für polizeiliche Befugnisse, die das Parlament noch beschlossen habe. Herr Senkal macht dagegen deutlich, dass glücklicherweise frühzeitig Mittel für konzeptionierte Maßnahmen ausgewiesen sind.</p> <p>Beschluss: Die Deputation für Inneres nimmt die Senatsvorlage zu den Verstärkungsmitteln für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice zur Kenntnis.</p>
TOP 10	Aktuelle Entwicklungen im Ordnungsamt	<p>Bericht: Es wird gemeinsame Befassung in staatlich/städtischer Deputation beschlossen: In Ergänzung zur schriftlichen Vorlage führt Staatsrat Ehmke zu Nachfragen aus. Herr Hinners (CDU) kritisiert das Verfahren, in dem die Mittel noch nicht auf die jeweiligen Haushaltsstellen verteilt seien. Herr Zenner hinterfragt die geplante Stärke und weist auf die Personalkörper vergleichbarer Städte hin.</p> <p>Beschluss: 1. Die staatliche Deputation für Inneres nimmt von dem Konzept zur Gründung eines städtischen Ordnungsdienstes Kenntnis. 2. Die staatliche Deputation für Inneres stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes zur Einführung eines städtischen Ordnungsdienstes bei Enthaltung der FDP zu. 3. Die städtische Deputation für Inneres stimmt dem Konzept zur Gründung eines städtischen Ordnungsdienstes zu.</p>
TOP 11	Berichte der Verwaltung	<p>Bericht zur Kriminalitätsentwicklung im Bereich der Rekumer Straße: Der Senator für Inneres (Hr. Hoffmann) führt zur Kriminalitätsentwicklung im Radius um ein Objekt der Akademie Kannenberg in der Rekumer Straße aus. Danach hat es im Nahbereich keine einschlägige Veränderung zu den Vergleichszeiträumen (2011-2013 und 2014-2016) gegeben.</p> <p>Bericht zur Einsatzsituation anlässlich eines Autokorso: Polizeivizepräsident Fasse führt aus, dass bei den Teilnehmern eines Autokorso, anlässlich einer Hochzeit, zwei Gas-/ Signalwaffen (PTB im Kreis), diverse Magazine und Munition, zwei Teleskopschlagstöcke und ein Einhandmesser sichergestellt/ beschlagnahmt wurden. Dazu wurden drei Ordnungswidrigkeitenanzeigen sowie zwei Strafanzeigen gefertigt (U.a. illegales Führen einer Schreckschusspistole). Darüber hinaus wurden durch die Einsatzkräfte diverse Verkehrsordnungswidrigkeiten geahndet. Durch das Verkehrskommissariat sind weitere Ermittlungen im Hinblick auf etwaige Straßenverkehrsgefährdungen aufgenommen worden. Die Polizei Bremen hat nach diesen Vorkommnissen eine gezielte Sensibilisierung aller Einsatzkräfte für das Phänomen "Hochzeitskonvoi" durch eine interne Veröffentlichung im Intranet der Polizei vorgenommen.</p> <p>Beschluss: Die Deputation für Inneres nimmt die Berichte zur Kenntnis.</p>
TOP 12	Verschiedenes - Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung für die Ersatzbeschaffung von Digitalfunkendgeräten bei der Polizei Bremen	<p>Bericht: Die aktuell verwendeten Digitalfunkendgeräte der Polizei Bremen sind überwiegend Geräte aus der Erstausrüstung und mittlerweile über 10 Jahre alt. Insbesondere im Einsatzdienst unterliegen die Geräte einer täglichen Nutzung und sind stark beansprucht. Anlassbezogen werden defekte Geräte repariert oder durch neue Endgeräte ersetzt. Hierbei kann die Polizei Bremen nicht mehr auf den Rahmenvertrag zur Erstausrüstung aus 2009 (gemeinsam mit Polizei Niedersachsen ausgeschrieben) zurückgreifen, da dieser ausgelaufen ist. Aktuell muss sie die Geräte beim Hersteller zum Einzelstückpreis mit entsprechenden Mehrkosten erwerben. Um eine verlässliche Nutzung des Digitalfunks durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleisten zu können, sind einzelne Ersatzbeschaffungen nicht mehr ausreichend. Ein Austausch der Endgeräte ist zwingend erforderlich. Auf Nachfrage ergeht der Hinweis, dass alle Behörden die zu erneuernden Geräte aus ihren Investitionsmitteln beschaffen.</p> <p>Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres stimmt bei Enthaltung des Deputierten Timke der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.090.000 € für die Ersatzbeschaffung von Digitalfunkendgeräten durch die Polizei Bremen zu und bittet den Senator für Inneres in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen die haushaltsrechtliche Ermächtigung durch den Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.</p>